



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Georg Rosenthal, Arif Taşdelen, Susann Biedefeld, Kathi Petersen, Diana Stachowitz, Ruth Müller, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer** und **Fraktion (SPD)**

Zusammenhalt statt Spaltung, Sachlichkeit statt Populismus: Für eine verantwortungsvolle Flüchtlings- und Migrationspolitik!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- auf Bundesebene konstruktiv daran mitzuwirken, dass – anknüpfend an die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung getroffenen Vereinbarungen – Maßnahmen ergriffen werden, die im Sinne einer verantwortungsvollen Flüchtlings- und Migrationspolitik sind und dementsprechend darauf abzielen, humanitären und rechtlichen Maßstäben und Verpflichtungen gerecht zu werden sowie den Zusammenhalt in Bayern, Deutschland und Europa zu sichern,
- auch die auf Landesebene zu ergreifenden Maßnahmen an dieser Zielsetzung auszurichten.

Dies bedeutet insbesondere (wie im Koalitionsvertrag vereinbart),

1. sich strikt zum Recht auf Asyl und zum Grundwertekatalog im Grundgesetz, zur Genfer Flüchtlingskonvention, zur UN-Kinderrechtskonvention, zur Europäischen Menschenrechtskonvention sowie zu den EU-rechtlichen Verpflichtungen zur Bearbeitung jedes Asylantrags zu bekennen,
2. für ein gemeinsames europäisches Asylsystem einzutreten und sich in diesem Zusammenhang aktiv und konstruktiv am Prozess der Reform des Dublin-Verfahrens zu beteiligen,
3. die Kommunen bei ihren Integrationsbemühungen vor Ort bedarfsgerecht zu unterstützen, da diese entscheidend dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken,
4. unter Berücksichtigung der Sicherheitslage im jeweiligen Herkunftsland die freiwillige Rückkehr und die konsequente Abschiebung vollziehbar Ausreisepflichtiger zu erleichtern, wobei die freiwillige Rückkehr Vorrang hat.

Der Landtag warnt ausdrücklich davor, die gesellschaftliche Debatte leichtfertig zu verschärfen. In diesem Zusammenhang distanziert sich der Landtag auch von politischen Äußerungen, die darauf ausgerichtet sind, die Fluchtmotive zu uns kommender Menschen sowie die Möglichkeit, rechtsstaatliche Verfahren in Anspruch zu nehmen, pauschal zu diskreditieren bzw. undifferenziert infragezustellen.